

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 51.

Charlottenburg, Freitag, den 23. Dezember 1921.

48. Jahrg.

Weihnachtsglocken.

Durch die Winternacht weiß und frostumkrallt
Geht ein Schweigen wie in Sturmchorälen:
Eine Glocke klingt mit Allgewalt —
Altes Hoffen will sie neu erzählen!
Und die Glocke gellt und die Glocke dröhnt,
Weithin hallen ihre lauten Zungen:
Sorgt dafür, daß sich die Welt versöhnt,
Und vom Frieden wird das Leid bezwungen!

Ach, die Jahre ziehn hin in Graus und Gram,
Doch wir wollen's immer wieder hören:
Ein Erlöser rief, ein Erlöser kam,
Der befreit uns einst, wie damals, von dem Schweren.
Und die Glocke singt und die Glocke spricht:
Hörcht auf, Ihr Lebensleidgebeugten!
Ich verkünde Euch: es wird ein Licht
Strahlend allen Lastbeladnen leuchten!

Dunkel hüllt die Welt, Dunkel hüllt die Zeit . . .
Doch das Dunkel muß das Licht bestiegen!
Ach, die Menschheit steht ja lichtbereit,
Und Erwartungen die Erde wiegen!
Und die Glocke jauchzt: höret meinen Klang,
Daß er Euch zur Siegesgewißheit werde,
Werft den Kleinmut ab und seid nicht bang —
Freude künd' ich allem Volk der Erdel

Nur nicht furchtsam sein, nur nicht klein und zag,
Denn der Glaube kann uns bloß erretten:
Glauben an uns selbst, daß einst ein Tag
Sprengen wird die letzten, kalten Ketten!
Und die Glocke schwingt ernst und weihevoll . . .
Ihre Klänge dröhnen, hallen, schweben . . .
Jeder, der das Leid und Harm trägt, soll
Freude haben künftighin am Leben.

Dieser Glaube weiht, dieser Glaube stählt
Und für Kämpfe, die uns noch erwarten:
Uns, die Zukunftsfreudigkeit besetzt
Trotz der Narben, trotz der Waffenscharten!
Und die Glocke mahnt und die Glocke klingt:
Regt zum freudg'en Werk die harten Händel!
Nur die Arbeit uns Erlösung bringt!
Und die Klänge zittern: W e l t e n w e n d e . . .

Seid begrüßet drum und laßt Euch weihn
Von der Stunde dieser Winterwendel!
Unser muß die ganze Menschheit sein,
Denn wir brauchen Hirne, Herzen, Händel!
Und die Glocke dröhnt und die Glocke gellt,
Ihre ernstesten Schläge zitternd hallen:
Brot und Freiheit bringen wir der Welt
Und der Menschheit Glück und Wohlgefallen!

—en.

Humanität.

Denn so tugendhaft jemand auch sei, so ist doch alles, was er immer nur Gutes tun kann, bloß Pflicht; seine Pflicht aber zu tun, ist nichts mehr, als das zu tun, was in der gewöhnlichen sittlichen Ordnung ist, mithin nicht bewundert zu werden verdient.

Die neue Kulturperiode, die jetzt nach dem Kriege, nach der Vernichtung von Menschen und wirtschaftlichen Gütern im alten Europa eingesetzt haben soll, bietet neben anderen Betrachtungen die Möglichkeit, einen Einblick in die Wandelbarkeit der Menschenseele, der Volkstimmung und in die Zusammenhänge der Menschensolidarität zu tun. Die Korruption im Wirtschaftsleben und die Widersprüche in der öffentlichen Moral mit den gemeingefährlichen Handlungen einer beträchtlichen Zahl einzelner drängen unwillkürlich darauf hin, auch zu versuchen, die Ursachen zu alledem bloßzulegen. Dabei wird sich die Kritik die Aufgabe stellen müssen, ohne Eiertanz die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. Denn wie aus dem öffentlichen Leber und aus der Tagespresse aller Parteien zu ersehen, drängt das Chaos durch pessimistische Gedankengänge zu phantastischen Uebertreibungen, wodurch eine Herstellung des seelischen Gleichgewichts und jedes ideale Streben verhindert, wie eine zuverlässige Hoffnung auf eine Besserung der Zustände zerstört wird.

Für die Arbeiterbewegung, als die Trägerin großer Ideen, wird die geschichtliche Vergangenheit als die Lehrmeisterin zu einer neuen Aufstieg angesprochen werden müssen. Die Geschichtsforschung zeichnet die einzelnen Kulturetappen und läßt immer wieder erkennen, daß sich der fortschreitende Kultur Mensch mehr und mehr zu einer höheren Humanität oder mit seinem Denken und Empfinden zu einer größeren Achtung des Menschen und der Menschenwürde durchzuringen sucht. Wie hieraus zu ersehen, soll allgemein unter Humanität die Menschenfreundlichkeit und die Hochschätzung des Menschentums — über die Klassengrenzen — hinaus verstanden werden. Aber die Geschichte zeigt auch, wie gerade die endgültige Austragung dieses Problems bis jetzt durch die materiellen Interessen der Besitzenden oder deren Herrenklassen und der damit verbundenen rohen Gewalt der jeweiligen Machthaber aufgehalten wurde. Der durch die klassische Philosophie begründete Humanismus mit der Lehre von der Gottähnlichkeit des Menschen und der „christlichen“ Nächstenliebe ist vor und nach dem großen Nazarener immer durch die Interessen der herrschenden Klassen kommentiert worden; sie bestimmten den Inhalt und die Grenzen dieser Humanität und der Nächstenliebe. In der antiken Welt, wo die Sklaverei der besiegten Volksstämme die Grundlage der Produktion bildete, war der unfreie Arbeiter und selbst der besitzlose Volksgenosse von der „Nächstenliebe“ ausgeschlossen. Erfolglos versuchte wiederholt die unterdrückte Klasse

diesen Rechtszustand zu durchbrechen und zu ändern. Wenn dennoch der philosophische Humanismus und das Christentum die Rechtslosigkeit der Unterdrückten vorübergehend milderte, so wirkten dabei einige Momente politisch-wirtschaftlicher Art mit, das war die Degeneration der Herrentafel und die Bedeutung des Sklaven als Erzeuger von Werten. Man mußte deshalb den Sklaven, als das lebendige Eigentum der Herren, eine gewisse Fürsorge von „Rechts wegen“ zuteil werden lassen. Die Macht der Kirche reichte nicht aus, um fortlaufend die soziale Lage der unteren Volksklassen zu reformieren. Immerhin wurde durch das Dogma, daß der Gläubige durch Übung von Barmherzigkeit und Tun von guten Werken sich auch die kirchlichen Gnadenmittel und das ewige Seelenheil sichern kann, dazu beigetragen, daß der Gedanke der Humanität mehr vorinnerlicht wurde. Wenn so auf der einen Seite die Humanität gefördert wurde, so konnte aber andererseits die Gemeinschaft der Gläubigen und der Caritas durchaus nicht verhindern, daß die Kirche durch Unbuddsamkeit gegen jede geistige Entwicklung ein wichtiges Werkzeug zur Unterdrückung des freien Menschentums im Dienste der feudalen Machthaber und des Klassenstaats wurde. Dieser Eingriff mit seinen weiteren Folgen und wie dadurch bei den Gläubigen die kirchliche Verflachung mit der Sonntagsgläubigkeit zersetzend wirkte, soll hier unerörtert bleiben.

Der Zusammenbruch der Sklaverei wurde schon vor dem Ende des Römischen Reiches durch die Leibeigenschaft unmöglich gemacht und konnte sich sogar bei der Agrarwirtschaft in Deutschland bis zum Anfang des vorigen Jahrhunderts erhalten. Erst die Bildung der Städte und deren Ausblühen mit ihrer Konzentration des Handwerks, des Handels und der Intelligenz erweiterte die Gedanken über Menschenolidarität, über Menschenwürde und Menschenrecht. Wenn das für die Blütezeit der Städte als charakteristisch anzusehen ist, so zeichnet sich der geistige Verfall des städtischen Bürgertums besonders nach der Reformation und dem Dreißigjährigen Kriege durch Selbstsucht und durch das Streben nach Besitz, Geld und Reichtum. Während sich das Patriziatum einem genussreichen Leben hingeben konnte, seine Paläste und Wohnräume, dem Geist der Renaissance folgend, prachtwoll aufbaute und mit Komfortabilität ausstattete, versank der ärmere und rechtlosere Teil der Bürger und Stadtbewohner in Verachtung, in Unwissenheit und Aberglauben. Mit Hilfe der Kirche kommt die „Humanität“ dieser Zeit durch die Bettelgroßen der organisierten Armenunterstützung, der Armen-, Sicken- und Bettelhäuser zum Ausdruck, durch welche den Besitzenden das Elend vom Leibe gehalten werden sollte. Der sittliche Verfall war nicht mehr aufzuhalten. Daher forderten auch die Humanitätsidealisten und die Pädagogen der folgenden Zeitperiode, wie besonders Rousseau, die Rückkehr zur Natur und zum ländlichen Leben. Aller ästhetische Schein des städtischen Bürgertums konnte über den Verfall nicht hinwegtäuschen, man forderte deshalb eine Reform der geistigen Erziehung. Die Französische Revolution glaubte daher, nach dem Geiste der Ideen Rousseaus, durch die Proklamierung der Menschenrechte hierzu Richtlinien zu geben. Aber man hatte dabei unbeachtet gelassen, daß durch die Geldwirtschaft der Kapitalismus und durch den Verfall der feudalen Machtverhältnisse das neue Staatsregime wie das alte absolute Regime mit dem Militarismus hier korrigierend eingreifen konnte. Wie die junge Republik nach dem Sturze der Monarchie selbst zu ihrer Verteidigung den Militarismus großzog und so die Gewalt gebrauchte und dadurch die Rechte der Völker und die Persönlichkeit der Menschen herabwürdigte, ist eine offenkundige geschichtliche Tatsache. (Schluß folgt.)

Der neue Tarif und seine Kritiker.

Im allgemeinen kann nicht behauptet werden, daß die Kritik an dem neuen Tarif eine besonders lebhaft sei. Bis jetzt ist das wenigstens nicht der Fall gewesen. Es sind noch keine 30 Zeitstellen — von 175 Zeitstellen insgesamt — die sich bis jetzt in der Form von Versammlungsberichten in der „Ameise“ öffentlich zum neuen Tarif u. Lohnabkommen geäußert haben. Von diesen hat ein Teil — in bestränktem Umfange Kritik am Lohnabkommen geübt. Zum Manteltarif, den wir für nicht minder wichtig als das Lohnabkommen halten, hat sich außer Dresden überhaupt kein Zeitblatt geäußert. Aus dieser Tatsache muß die Schlussfolgerung gezogen werden, daß der jetzt geltende Tarif, sowie der Lohnabkommen im allgemeinen dem entsprechen, was unsere Mitglieder erwartet haben. Sollte es anders sein, dann tragen diejenigen Zeitstellen und Mitglieder die Schuld an einer falschen Schlussfolgerung, die vielleicht mit dem neuen Tarif unzufrieden sind, diese Unzufriedenheit aber nicht zum Ausdruck bringen.

In den Versammlungsberichten, die uns bekannt wurden, hat es sich die Kritik ziemlich leicht gemacht. Jemandem brauchbarer Vorschlag, wie es anders gemacht werden konnte, ist bis jetzt von niemandem gezeigt worden. Für künftige Fälle werden Vorschläge gemacht von der Zeitstelle Teltow auf Einführung der sogenannten gleitenden Lohnskala, und von Dresden, mit dem Verlangen, entweder das Lohnabkommen immer nur für 4 Wochen abzuschließen oder, wenn das technisch undurchführbar sein sollte, die Verbandsleitungen zu beauftragen, unter Beobachtung der Preisbewegung alle 4 Wochen für den notwendigen Lohnausgleich zu sorgen. Der Vorschlag von Triptis, sofort die „Arbeitsgemeinschaft“ aufzuheben, kann ernsthaft nicht in Betracht kommen, weil man in Triptis offensichtlich über das Wesen der Arbeitsgemeinschaften eine vollkommen unzutreffende Auffassung hat. Was Triptis verlangt, ist die Beseitigung des Tarifs und Herbeiführung des vor dem Kriege bestandenen Zustandes, ein völlig undiskutables Verlangen.

Der Kollege — nennen wir ihn, um bei Wiederholungen eine Bezeichnung für ihn zu haben: B. — der in voriger Nummer der „Ameise“ in detaillierter Form auf die Mängel des jetzt geltenden Lohnabkommens eingegangen, ist bis jetzt der einzige, der sich eingehender mit der Materie befaßt hat. Mit dem Manteltarif befaßt sich auch Kollege B. nicht. Aber auch er scheint manches zu übersehen und falsch zu beurteilen. Weil seine in der „Ameise“ zum Ausdruck gebrachte Auffassung aber voraussichtlich Anhänger finden wird, lohnt es sich, etwas näher darauf einzugehen.

Zunächst ist es richtig, daß infolge des sprunghaft gesunkenen Marktkurses eine ebenso sprunghafte Verteuerung aller zum Leben notwendigen Produkte Platz gegriffen hat, daß man ohne Uebertreibung sagen kann, unser Dresdener Lohnabkommen ist dadurch vollkommen über den Haufen geworfen worden. Es ist aber billig, heute die Schuld denjenigen zuschieben zu wollen, die bei Aufstellung der Forderungen das nicht vorausgesehen haben. Die Forderungen sind bekanntlich schon im September formuliert worden. So wenig es über diese Forderungen in Eisenach eine Verständigung gab, so wenig wäre ein Erfolg zu erreichen gewesen, wenn die Forderungen noch höher gewesen wären. Ferner scheint von vielen Kritikern übersehen zu werden, daß das Dresdener Lohnabkommen keine freie Vereinbarung zwischen den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen, sondern durch Spruch eines Schiedsgerichts zustande gekommen ist.

Der Kollege B. meint, die ungünstigen Merkmale des Lohnabkommens sind:

1. Die Lohnumstellung und ihre Folgen.
2. Nichtausbau der sozialen Zulage.

Die Lohnumstellung an sich war eine selbstverständliche Notwendigkeit. Ob sich eine andere, leichter zu handhabende Art der Umstellung nicht hätte finden lassen, ist eine Frage, über die sich gewiß reden läßt, über die wir aber auch nicht allein zu entscheiden hatten. Unser ganzes Alfordsystem war mit der Zeit so undurchsichtig geworden durch die wiederholten und ungleichmäßigen Zuschläge, daß eine Vereinheitlichung zur zwingenden Notwendigkeit wurde. Bei den Zeitlohnarbeitern verursacht die Lohnumstellung, entsprechend dem neuen Lohnabkommen, verhältnismäßig geringe Schwierigkeiten. Anders bei den Alfordarbeitern, zumal bei denen, wo die bis zum Abschluß des neuen Lohnabkommens erzielten Verdienste um ein Bedeutendes über der Alfordbasis standen. Es war die Absicht der Unternehmer, die sogenannten Spitzenverdiener nicht in demselben prozentualen Verhältnis an der Lohnsteigerung teilnehmen zu lassen, als die Durchschnitts- und Niedrigverdiener. Die Tatsache bleibt bestehen, daß für diese Höchstverdiener nicht mehr zu erzielen war, als eine Lohnsteigerung mindestens von 20 Proz. Um eine Norm für den Begriff Höchstverdiener zu finden, wurde festgestellt, was in Ziffer 2, 3 und 4 der Richtlinien für die Lohnumstellung formuliert ist. Die Arbeitgeber beharrten darauf, daß keinesfalls eine Neuerrechnung der Alfordpreise vorgenommen werden dürfe. Nicht würde eine solche Ansammlung von Arbeit für die Lohnbuchhalter, Preis-Kommissionen usw. mit sich bringen, daß sie gar nicht zu bewältigen wäre, ohne einen geregelten Fortgang der Arbeit in Frage zu stellen. Es mußte damit gerechnet werden, daß das Lohnabkommen schon wieder abgelaufen sein konnte, während die Neuerrechnung der Alfordlöhne erst zum Teil stattfinden konnte. Diesen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, war einer von den Gründen, die zu dem System der Lohnumstellung führten, das jetzt als zu kompliziert bezeichnet wird.

Was die Lohnumstellung bei den Alfordarbeitern unseren Mitgliedern verurteilenswert macht, ist der Umstand, daß der Durchschnittsverdienst der Sparte und nicht der des einzelnen Arbeiters für die Berechnung maßgebend ist. Diese Form ist auf Verlangen der Arbeitgeber nach erfolgloser Bekämpfung durch

Arbeitnehmerseite durch Schiedspruch festgelegt worden. Es erscheint uns als feststehend, daß durch diese Art der Festlegung des Durchschnittsverdienstes nicht nur die Höherverdiener, sondern auch die Niedrigverdiener geschädigt wurden. Jedoch wurde von der Arbeitgeberseite unseren Hinweisen bei den Verhandlungen keine Beachtung geschenkt. Es wurde unsererseits besonders auch darauf verwiesen, daß das Herabdrücken der Löhne der Höherverdiener die Arbeitsfreudigkeit und Leistungsfähigkeit der betreffenden Arbeiter stark beeinträchtigen müsse. Jedoch blieben die Arbeitgeber auf ihrem Verlangen bestehen.

Die Gegenüberstellung der Verdienste eines Bergarbeiters und eines Facharbeiters in unserer Industrie, wie sie vom Kollegen B. vorgenommen wird, mag ansehnlich sein. An der Tatsache dürfte jedoch nichts geändert werden, daß die Bergarbeiterlöhne höher sind, als die Löhne in unserer Industrie. Bei unseren Lohnverhandlungen ist stets und ständig behauptet und mit Zahlenangaben belegt worden, daß die Arbeiter der Feinkeramik nicht zu den am besten bezahlten Industriearbeitern gehören, daß die Löhne ganz anders steigen müssen, als das bisher immer der Fall war. Wenn es noch nicht gelungen, bessere Erfolge zu erzielen, so hat das bestimmt nicht an uns gelegen. Es ist für unsere Mitglieder ein drückender Uebelstand, in Bezirken leben zu müssen, wo Arbeiterkategorien mit höheren Löhnen — wie das in Bergbaubezirken der Fall — eine dominierende Rolle spielen. Die gesamten Lebensverhältnisse sind in solchen Bezirken auf die Löhne dieser dominierenden Arbeitergruppen zugeschnitten.

Der Kollege B. sagt weiter, daß als einziges günstiges Kennzeichen des Lohnabkommens zu vermerken ist die Beseitigung der unterschiedlichen Entlohnung der Verheirateten und Unverheirateten. B. sagt, das ist entschieden richtig, der Leistungslohn muß bei beiden Gruppen der gleiche sein. Im nächstfolgenden Satz aber schon bezeichnet er den Nichtausbau der sozialen Zulage als ein ungünstiges Kennzeichen des Vertrages. Wir finden darin eine Inkonsistenz. Das Verlangen nach Ausbau, nach Erweiterung der sozialen Zulagen ist die Forderung auf Einführung des Soziallohnes an Stelle des Leistungslohnes schlechthin. Mit unseren bisherigen gewerkschaftlichen Grundsätzen ist diese Forderung nicht vereinbar.

Für gleiche Arbeit gleichen Lohn, ganz gleich, ob diese Arbeit von einem Verheirateten oder Unverheirateten, von einem Mann oder einer Frau hergestellt wird. Der Wert der geleisteten Arbeit soll allein der Maßstab für die Entlohnung sein. Das ist das Prinzip des Leistungslohnes. Wer etwas anderes verlangt, wer im besonderen den Grundsatz vertritt, daß ein Unverheirateter billiger arbeiten kann als ein Verheirateter, der drückt die Löhne der Unverheirateten herab, anstatt eine Erhöhung der Löhne für die gesamte Arbeiterkategorie zu erreichen. Das ist bestimmt nicht die Absicht aller derer, die sich für einen Ausbau der sozialen Zulage ins Zeug legen, aber die ungewollte Wirkung. In Dresden fordern wir demgemäß nicht Ausbau der sozialen Zulage, sondern Wegfall derselben und, sofern das noch nicht möglich sein sollte, Abbau, um in nächster Zeit den Wegfall erreichen zu können. Wir forderten aber auch weiter, daß die Löhne allgemein auf ein Niveau gebracht werden, daß jeder Arbeiter, auch der verheiratete, damit sein Auskommen finde. Wir sind nach wie vor überzeugt, daß die feinkeramische Industrie sehr wohl in der Lage ist, die von uns geforderten Löhne zahlen zu können.

Mit dem von Teltow angeregten Gedanken auf Einführung der sogenannten gleitenden Lohnskala können wir uns nicht befremden. Dieser Gedanke ist übrigens nicht neu. Vor länger als 50 Jahren sind in England gleitende Lohnskalen (slidings scales) schon eingeführt, aber bald wieder verworfen worden. Unsere Kollegen würden wahrscheinlich nicht wenig überrascht sein, was mit der gleitenden Lohnskala alles zum Vorschein käme, insbesondere beim Abwärtsgleiten. Die gegenwärtigen anormalen wirtschaftlichen Zustände dürfen keinesfalls uns verleiten, Einrichtungen zu fordern, die bei Wiedertehr normaler Verhältnisse uns unangenehm werden, aber auch schwer wieder zu beseitigen sein würden.

Es ist ein Verhängnis für unseren Beruf, daß wir erst in der nachrevolutionären Zeit zum Tarifverhältnis gekommen sind und demzufolge zu wenig Erfahrungen darin besitzen. Es kommt weiter hinzu, daß in dieser Zeit, in der sich alles überstürzt, immer nur kurzfristige Verträge abgeschlossen werden können. Es ist dadurch fast gar keine Zeit und Möglichkeit vorhanden, in den Tarif sich einzuleben zu können.

In normalen Zeiten, vor dem Kriege, wurden Tarife immer auf mindestens 1 Jahr, auch bis zu 3 Jahren Dauer abgeschlossen. Es ist das Wesen des Tarifvertragsverhältnisses, daß beide Parteien, Unternehmer wie Arbeiter, für eine längere Zeit die Garantie haben, sich an einem Verhältnis nichts ändern kann. Das hat seine angenehmen, aber auch seine unangenehmen Seiten.

Aber auch in der heutigen Zeit, in der nichts beständiger ist als die Unbeständigkeit, müssen einmal geschlossene Verträge gehalten werden. Treten Verhältnisse während der Vertragsdauer ein, die geradezu alles auf den Kopf stellen, was bei Abschluß des Vertrages auf den Füßen stand, dann muß im Verständigungswege unter den Vertragsparteien ein Ausgleich gesucht und gefunden werden.

Was wir brauchen, sind Löhne, die unseren Kolleginnen und Kollegen eine Existenzmöglichkeit gewährleisten, und zwar ohne jeden Unterschied. Alles andere, soziale Zulagen, gleitende Lohnskala usw. liegt viel weniger in unserem, aber desto mehr im Arbeitnehmerinteresse.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Zur Reparationsfrage. — Ausichten für ein Moratorium. — Außenhandelsergebnisse für den Monat Oktober. — Neuemissionen auf dem Kapitalmarkt.

Seit Wochen kommt unsere Politik nicht aus dem Bannkreis der Reparationsfragen heraus. Jede auch nur entfernt als günstig zu deutende Presseäußerung des Auslandes, die sich dahin deuten läßt, daß Neigung für eine Stundung der uns auferlegten Zahlungen besteht, ruft die Hoffnung wach, als ob wir bereits auf ein verständiges Eingehen von der Gegenseite rechnen könnten. Gewiß ist in der Beurteilung unserer finanziellen Leistungen und unserer Wirtschaftslage eine Aenderung erkennbar; aber überschätzen wir diese Erscheinungen nicht. Die Rede, die der englische Minister Churchill vor kurzem hielt, gipfelt in der Erkenntnis, daß die drei großen Industrie- und Handelsstaaten England, Frankreich und Deutschland wieder zu einer gewissen Annäherung kommen müssen, wenn nicht das gesamte Europa darunter schwer leiden soll. Aber was will der Ausspruch einer solchen an sich verständigen und klaren Kennzeichnung der Situation besagen, wenn immer noch sehr stark die Kräfte nach der Gegenseite zerrren und wir allgemein von der praktischen Anwendung einer solchen wirtschaftspolitischen Erkenntnis unendlich weit entfernt sind? Dieser englischen Auffassung steht die Rede des französischen Finanzministers Doumer diametral entgegen, der sich in folgender Argumentation gefällt:

„Ohne Zweifel ist es für Deutschland bei dem jetzigen Kursstande schwer, die Mark in fremdes Geld umzutauschen, aber die fremden Devisen, die sich Deutschland mit Schwierigkeiten zu verschaffen sucht, besitzt sein Volk schon in Gold. Das deutsche Vermögen ist in sehr großem Maße ausgewandert, die ungeheuren Gewinne an der deutschen Ausfuhr sind nicht in das Gebiet des Deutschen Reiches zurückgeschickt; die Besitzer dieser Summen, die in die Milliarden gehen, beeilen sich vielleicht augenblicklich nicht genügend, dieselben zur Verfügung ihrer Regierung zu stellen, um ihr so zu helfen, ihren Verpflichtungen nachzukommen. In Deutschland müssen sich die verantwortlichen Männer, die zweifellos etwas Patriotismus im Herzen haben, Rechenenschaft ablegen über die Konsequenzen, die eine Nichterfüllung ihrer Verpflichtungen haben würde. Ich sage, indem ich versuche, ohne Born und ohne Haß zu sprechen, daß, wenn dieser Bankrott eintritt, er solche Ereignisse hervorrufen würde, daß die Einheit Deutschlands, die imperialistische Einheit, hervorgerufen durch die im Laufe des Jahrhunderts aufeinanderfolgenden Kriege, es nicht überleben würde. Deutschland muß sich die Konsequenzen des Bankrotts vergegenwärtigen. Die Allierten, insbesondere die Franzosen, könnten nicht zulassen, daß auf ihre Schultern die sehr herabgesetzte Kontribution zurückfällt, die die Friedensverträge der deutschen Nation auferlegt haben.“

Stellt sich die französische Regierung mit Nachdruck auf diesen Standpunkt, und hat sie in der Reparationskommission, woran nicht zu zweifeln ist, von Belgien und Italien die Unterstützung, so darf man nicht damit rechnen, daß bereits für die am 15. Januar fällige Zahlung ein Moratorium der deutschen Regierung gewährt werden wird. Es läßt sich annehmen, daß die Stellung Englands weniger schroff ablehnend ist, aber nach aller bisherigen Erfahrung dürfen wir auf diese Stellungnahme Englands nicht bauen. Der Druck, die fällige Quote am 15. Januar zu erhalten, wird von Frankreich und Belgien um so stärker einwirken, als die Verteilung dieser Quote diesen beiden Ländern nach den Vereinbarungen der Ententemächte zufällt. Wir werden deshalb uns beizeiten ernstlich bemühen müssen, die erforderliche Summe durch einen Kredit oder eine Anleihe im Ausland flüssig zu machen. Für diesen Kredit muß die Regierung die nötigen Sicherheiten unverzüglich schaffen. Diese Sicherheiten können keine anderen sein, als ein Zugriff in die Sachwerte der Industrie und Landwirtschaft. Das Reich ist in einer Notlage, und in dieser Notlage müssen diejenigen helfend eingreifen, die im Besitz sind. Aber selbst bei einem Moratorium bleibt die Aufnahme eines Kredits zum Aus-

gleich unseres inneren Staats bestehen, im anderen Falle kommen wir von dem gleichen Stand unserer Wirt nicht herunter.

Die Regierung wird auch nicht vorübergehen können an sehr energischen Maßnahmen, um die großen Vermögenswerte, die von Deutschen ins Ausland gebracht oder durch ihre Handelsverbindungen dort überwiesen und zurückgehalten werden, für die Zwecke zu erfassen, die notwendig sind, um die Zahlungsfähigkeit des Deutschen Reiches aufrecht zu erhalten. Wir können nicht länger zusehen, wie aus Steuerflucht und anderen Gründen Vermögenswerte nach dem Ausland abwandern und das Deutsche Reich dadurch wirtschaftlich in eine Notlage gedrängt wird, die in ihrer ganzen Schwere auf den Schultern des erwerbstätigen Volkes lastet.

Können wir uns dem Zwang nicht entwinden, die uns auferlegten harten Verpflichtungen zu erfüllen, so wird die Stundung der Schuldsomme wohl den einzigen Ausweg einer vorübergehenden Erleichterung bieten. Wir sollten uns dabei aber auch hüten, in anderer Form Verpflichtungen aufzunehmen, die ebenso hart unser Wirtschaftsleben treffen. Es wird empfohlen, daß wir die Sachleistungen im Wiesbadener Abkommen auch den übrigen Ententemächten anbieten. Der Weg ist sehr gefährlich, denn wir würden unseren Staat schwer belasten, da wir die Gelder zur Begleichung dieser Sachleistungen durch Steuern oder neue Schulden aufbringen müssen. Welche unsinnige Zurechnung uns die Sachleistungen auferlegen, dafür mag die sehr umfangreiche Kohlenlieferung für die Entente ein Beispiel abgeben. Unsere Kohlenlieferung ist im Werte, nach Papiermark berechnet, im April d. J. auf 543 Millionen Mark angekommen und erhöhte sich im Oktober bei dem fallenden Wert der Mark und einer annähernd gleichbleibenden Kohlenlieferungsmenge auf 604 Millionen Mark. Die Umrechnung unserer Leistung erfolgt aber in Goldmark und diese Goldmark werden uns auf Reparationskonto angerechnet. Danach ergibt sich folgendes:

Es sind uns im April 35,8 Millionen Goldmark angerechnet, dagegen im Oktober 16,9 Millionen Goldmark, d. h. wir haben Frankreich und Belgien die Tonne Kohlen im April mit 23,8 M. und im Oktober mit 11,2 Goldmark geliefert. Dieser Preis im Oktober bedeutet ungefähr ein Drittel des Preises der englischen Kohle. Die französische und belgische Regierung gibt natürlich diese Kohlen nicht zu dem mäßigen Preis an die Industrie ab, sondern gewinnt aus diesen Lieferungen enorme Summen, während wir mit der Anrechnung unseres Schuldkontos schwer benachteiligt werden. Ähnlich liegt es mit dem von uns gelieferten schwefelsaurem Ammoniak, das wir, in Goldmark umgerechnet, im April mit 162,1 Goldmark pro Tonne angerechnet bekamen, während wir im Oktober nur noch 96,1 M. erhielten. Bei Benzol fiel in dem gleichen Zeitraum der Preis von 379,6 auf 184,8 M. Gegen diese Ueberschneidung der übelsten Art sind wir leider machtlos, weil uns der Versailler Vertrag zu dieser Anrechnungsart zwingt.

Die Außenhandelsresultate für den Monat Oktober d. J. lassen eine beachtliche Aufwärtsbewegung der Ein- und Ausfuhr erkennen. Bemerkenswert ist, daß trotz des ungünstigen Standes der Balata die Einfuhr in den letzten Monaten verhältnismäßig stark zugenommen hat. Sie stieg vom Juni bis Oktober der Menge nach von 18 Millionen auf 30 Millionen Doppelzentner, und im Wert von 6,4 Milliarden auf 13,9 Milliarden Mark. Die Ausfuhr zeigt zu unserer Ueberraschung durchaus nicht die große Steigerung, die man annehmen könnte bei dem sinkenden Wert der Mark. Sie erhöht sich der Menge nach in dem gleichen Zeitraum von 15 Millionen auf 19,7 Millionen Doppelzentner und dem Werte nach ging sie von 5,4 Milliarden auf 9,7 Milliarden Mark hinauf. Das Ergebnis ist wenig erfreulich, weil auch gegenüber dem September im Oktober abermals der Ueberschuß der Einfuhr gegen die Ausfuhr sich erhöht. Während wir im Juni und Juli auf einen Einfuhrüberschuß von rund 1 Milliarde kamen, erhebt sich im September dieser Einfuhrüberschuß auf 3,1 Milliarde und im Oktober stieg er sogar auf 4,2 Milliarden Mark, d. h. unsere Handelsbilanz hat sich verschlechtert und wir sind in unserem Bemühen weit entfernt davon, durch gesteigerte Ausfuhr unseren Staat abzurufen zu bedenken.

Die französische Regierung hat mit der Kündigung des italienischen Handelsvertrages eine starke Unzufriedenheit in Italien ausgelöst. Mit der Aufhebung des Handelsvertrages hören die Zollbefreiungen für die Ausfuhr italienischer Waren nach Frankreich auf. Allerdings werden auch umgekehrt alle Vergünstigungen, die auf Grund des Vorzugstarifes den französischen Waren in der Einfuhr nach Italien gewährt wurden, beseitigt. Damit würde Deutschland der Stellung etwas näher rücken, die diejenigen Staaten einnehmen, die auf Grund des französisch-ita-

lienischen Handelsvertrages in der Meistbegünstigung besser gestellt waren als Deutschland.

Die Emissionstätigkeit im November zeigt wieder eine sehr starke Zunahme. Es sind nicht weniger als 156 Aktiengesellschaften in diesem Monat als Neugründungen zu verzeichnen. Das Aktienkapital dieser Gesellschaften ist nominell mit 938,30 Millionen Mark angegeben. (Zm Januar 159,35 Millionen Mark.) Die Kapitalerhöhungen der Gesellschaften nehmen einen noch größeren Umfang ein. Sie steigern sich bei einem Vergleich mit dem Monat Januar von 1092,37 Millionen auf 5565,29 Millionen Mark. In den 11 Monaten des Jahres sind die Riesensummen für Neugründungen von 4072,40 Millionen Mark aufgebracht. Mit den festverzinslichen Emissionen ergibt sich eine Gesamtaufbringung auf dem Kapitalmarkt für Neuanlagen von 25 890,23 Millionen Mark. Daß diese enormen Anforderungen auf dem Kapitalmarkt glatt erfüllt werden konnten, ist ein Beweis dafür, welche Riesensummen aus der heutigen Wirtschaft für neue Kapitalanlage ausgegliedert werden.

Weihnachtswunschzettel . . . !

(Von der Porzelliner Jugend eingereicht an die Adresse aller Verbandskollegen.)

„. . . und Friede auf Erden, und den Menschen ein Wohlgefallen!“
Wieder raunt die alte Weihnachtsmär mit neuerlicher Glut durchs winterliche Land. Nur wenige Tage noch, und wir feiern — ein jeder nach seiner Art und Lebensanschauung — das Erinnerungsfest des Friedens, das Fest der Familie, das Geburtstagsfest eines großen jüdischen Weltenerneuerers. Eines Weltenerneuerers, von dessen praktischer Lehre die „Kultur“ der Jahrhunderte uns ein tönernes Zerbild hinterlassen hat . . . Der brennende Weihnachtsbaum aber ist vielen von uns Jungen aus Kindertagen her noch immer das erquickende Symbol häuslichen Glüdes, das schimmernde Symbol nahender Frühlingsauferstehung nach bangen Kältetagen. Aber — er ist uns auch ein Banner des Friedens. „. . . Friede auf Erden!“ kündigt die alte Weihnachtslegende. Sie ist, ganz parteilos verstanden, doch eine große Kunde. Und was bedeutet sie nun in den vorweihnächtlichen Tagen uns arbeitenden Klassen? Entkleiden wir den biblischen Spruch getrost von seinem religiösen Nimbus. Wir erkennen ein Endziel, das uns in den Programm- und Kampfsätzen aller echten, freiheitlichen Bestrebungen und Organisationen begrüßt, sich also als eine uralte klare Menschheitsforderung offenbart. Der großen Vollendung noch verborgen ist uns der Völkerfriede ein erlösendes Ziel, dem wir sehnsüchtig und oft mit blutendem Herzen dennoch entgegenziehen. (Kommenden Geschlechtern mög' es einmal beschieden sein, die Früchte des Friedens zu ernten, die unsere Väter eult gesät haben.)

Was aber die Gegenwart, die schäumenden Tage unseres Seins betrifft, so möchte ich hier im Namen unserer Porzellinerjugend Gedanken mitteilen, die uns jugendliche Arbeiter schwer bedrücken. Was hierzu geschrieben ist, kommt in Wahrheit vom Herzen und vom Gewissen der Jugend, die den furchtbaren Kampf ihrer proletarischen Väter und Mütter gegen die übermächtig beherrschende Klasse gewissenloser Ausbeuter in Fabriken und Landwirtschaften mit Besorgnis verfolgt; es kommt vom Herzen der Jugend, die aber auch entsezt und — noch unbesungen zusehen muß, wie sich die Alten kurzfristig im Parteihader eigene Wunden reißen — auch im Gewerkschaftsleben — und dabei blind vergessen, daß sie ihren Kindern ein geschwächtes Kampferbe hinterlassen werden.

Folgendes Zwischenbild sei mir, liebe Verbandskollegen, erlaubt, hier einzufügen: Wer je an großen Arbeiterzusammenkünften und Demonstrationen teilgenommen hat, wo unter natürliches Recht, wo die mit Blut errungene Republik in Gefahr war (Kapp-Putsch, Ermordung Erzbergers, letzter Streik), dem war es trotz allem Brüderhader doch ein ermutigendes Gefühl, hier unter dem Rhythmus unserer Freiheitslieder eine Front der Massen zu sehen. Und wer den Heißhunger aller nach Einigung mit Ergreifenheit in sich gespürt hat, dem schien es, den Glauben an die bessere Zukunft doch nicht verlieren zu können.

Anschließend daran will ich nun folgendes betonen:

Gerade wir jungen „Dachse“, die wir oft zusammen in der Lehrzeit Freunde waren und uns später durch ein verschiedenes farbiges Parteimitgliedsbuch manchmal entzweiten, wir haben einen großen Weihnachtswunschzettel. Einen „Weihnachtswunschzettel“, der aber so lange auf Verechtigungs beharrt bis er uns einst erfüllt sein wird oder — muß! Darauf steht geschrieben:

Sinnes mit dem tödlichen Gift des nutzlosen
Bruderkampfes!

„Vorwärts! Aufwärts!“ donnert unsere stürmende Zeit.
Die begangene Fehler sind nicht dazu da, daß man veressen und
dogmatisch in ihnen herumwühlt. Sie waren, um sie an Hand
der Erfahrungen auszuweichen.

Ich frage im Namen meiner jugendlichen Kollegen: Was
nützen uns denn, zum Teufel nochmal, Strohdébatten und Geh-
reden über sofortige oder stetige Programmverwirklichun-
gen, von denen einige noch vorerst — wohlverstanden: vorerst —
Utopien sind? Gibt's deshalb für einen Keller einen Groschen
mehr? Gibt's deshalb eine Stunde Urlaub mehr...? Ich wage
eine versängliche Frage, eine Frage, die „nach oben“ gerichtet ist:
Weiß man bei den Abgeordneten der SPD, der USP, der KPD,
den Führern, den berufenen Sprechern des Volkes um den wirk-
lichen Drang zur Einheitsfront, die jeden ehrlichen Kopf- und
Handarbeiter neu befeelt? Ist dort oben St. Bureaucratius in
Gestalt eines tauben Dickkopfes eingezogen?

Ein demokratisches Wuchtblättchen berichtete neulich von der
Arbeiterdemonstration zum 9. November. Der Berichterstatter
meldete seinen Lesern, daß in den Ansprachen der Führer wohl die
Uneinigkeit bellagt wurde, aber — von einem Willen, von einem
Weg zu machtvoller Geschlossenheit hörten die Arbeiter nichts.

Hat der Kerl unrecht? ...
Jenen Männern da oben am Ruder der Verantwortlichkeit,
aber auch im engeren Kreise unseren älteren Gewerkschaftskollegen
antwortet der große Nietzsche mit einem nachdenklichen Wort, das
den „Weihnachtswunschzettel“ der Porzellanerjugend, der ganzen
Arbeiterjugend überhaupt beschließen möge:

„Euer Kinder Land sollt ihr lieben; diese Liebe sei euer
neuer Adel — das unentdeckte im fernsten Meere! Nach ihm
helße ich eure Segel suchen und suchen!

An euren Kindern sollt ihr gutmachen,
daß ihr eurer Väter Kinder seid: Alles Ver-
gangene sollt ihr so erlösen!

Diese neue Tafel stelle ich über euch! S. N—w.

Aus unserem Beruf.

Zur Mitgliederabstimmung. Wir geben unseren Mitgliedern
vorläufig zur Kenntnis, daß die Erhöhung der Beiträge mit
großer Majorität beschlossen worden ist.

Das genaue Zahlenverhältnis veröffentlichen wir, sofern es
von den Verbandsrevisoren geprüft sein wird.

Berlin. Die Zahlstellenverwaltungen werden gebeten, Lohn-
statistiken der Schildermaler einzusenden nach unserem Verbands-
bureau, Berlin SO. 26, Naunynstr. 85. Weitere Mitteilungen gehen
den Schildermalerbranchen brieflich zu.

Mit kollegialem Gruß

Branchenleitung der Schildermaler Groß-Berlins.

Berlin. Achtung, Schildermaler! Vor Zuzug von Schilder-
malern nach Berlin wird gewarnt, weil die Schildermaler Berlins
in einer Lohnbewegung stehen. Auskunft erteilt unser Verbands-
bureau, Berlin SO. 26, Naunynstr. 85.

Die Branchenleitung der Schildermaler Groß-Berlins.

Düsseldorf. Der Streik der Emailmalers ist mit dem 7. De-
zember zu Ende gegangen. Nach dreiwöchentlichem Streik nehmen
die Kollegen mit 13,85 Mk. pro Stunde Grundlohn die Arbeit
wieder auf. Dazu kommen noch die sozialen Zulagen und Akkord-
zuschlag, so daß die Kollegen jetzt die Stunde über 15 Mk. be-
kommen. Es ist zwar nicht alles, was gefordert wurde. Wenn
nicht mehr erreicht wurde, so tragen die „Christlichen“ die Schuld,
weil diese den betreffenden Schiedspruch voreilig annahmen und
ihrerseits den Streik für beendet erklärten, ohne abzuwarten, was die anderen dazu zu sagen hatten.

Schönwald. Zu unserer Notiz in Nr. 48 der „Ameise“ wird
uns aus Kollegentreisen mitgeteilt, daß die genannte verwitwete
Frau Fabrikbesitzerin Marg. Müller in keiner Beziehung zur
Aktiengesellschaft E. & A. Müller steht. Die Dividenden der
Firma E. & A. Müller, Aktiengesellschaft, kommen für die ge-
nannte Frau Müller nicht in Betracht.

Sorau. Nach Berichten, die wir von Sorau erhielten, scheinen
die Differenzen zwischen Betriebsleitung und Arbeiterpersonal
nicht abzureifen. Die Folge ist ein starker Wechsel im Personal.
In der Dreherei haben es innerhalb kurzer Zeit acht Dreher vor-
gezogen, dem hiesigen Betriebe den Rücken zu kehren und sich ru-
digere Arbeitsplätze zu suchen. Im Brennhaufe ist ein fortwähren-
des Kommen und Gehen an der Tagesordnung. In der Malerei
haben ebenfalls einige Kollegen ihre Kündigungen eingereicht.
Hier Brenner sind entlassen worden. Aus diesem Grunde ist

wieder neue Konfliktstimmung im Betriebe. Unter diesen Um-
ständen können wir unseren Kollegen nur empfehlen, Sorau mit
Arbeitsangeboten zu verschonen.

Waldsaffen. Man schreibt uns von dort: Seit einiger Zeit
wird von mehreren Mitgliedern gegen unseren Verband gearbeitet.
Es scheint noch nicht genug zu sein, daß von christlicher Seite
immer wieder versucht wird, unsere Reihen zu zerplittern. Was
sich diese Mitglieder dabei denken mögen, ob sie sich über die
Folgen ihres verwerflichen Handelns klar sind, läßt sich schwer
sagen. Es kann nur angenommen werden, daß es Schmarober-
naturen sind, die auf Kosten ihrer Kollegen ihre besonderen Inter-
essen glauben wahren zu können. Beim Unternehmer lieb sind
sein, indem sie ihm zeigen: Siehe, ich bin ja nicht so wie die ande-
ren, ich will ja von dem fff sozialistischen Verband gar nichts
wissen. Weil diese Heiden aber so viel zu wissen scheinen, daß ihr
Verhalten von allen rechtschaffenen Arbeitern und Arbeiterinnen
als schäbig und verwerflich angesehen wird, so daß sie sich dessen
schämen müßten, suchen sie nach einem Feigenblatt, um ihre Scham
verdecken zu können. Dieses glauben sie gefunden zu haben in
den Extrabeiträgen und den ab 1. Januar zu leistenden höheren
Beiträgen. Wenn diese Kollegen wüßten, daß sie einen Stand-
punkt vertreten, über den sich reden ließe, dann kämen sie in unsere
Versammlungen und diskutierten mit uns darüber. In Rede
und Gegenrede ließe sich schon Klärung schaffen. So aber bleiben
sie unseren Versammlungen fern, schimpfen hintenherum und —
treten dann aus dem Verband aus, um sich vor dem Beitragszahlen
drücken zu können.

Sie könnten ja auch in der „Ameise“ ihre Ansichten verfeh-
ten, das tun sie aber auch nicht. Warum denn das? Nun, sie
wissen, daß mit ihren Absichten kein Staat zu machen ist. Wir
sagen den Kollegen aber, daß sie sich irren, wenn sie meinen, dort
mitern zu können, wo wir anderen säen und den Aker be-
arbeiten. Wenn diese Kollegen durchaus die früheren Zustände
wieder herbeiführen wollen, dann sollen sie diese haben. Vielleicht
kommt es auch anders. Wir rufen heute diesen Kollegen zu: Laßt
ab von Euren törichtem Beginnen, sagt nicht selbst den Axt ab, auf
dem ihr sitzt. Nur in Reih' und Glied mit Euren Kollegen könnt
Ihr eure Existenzbedingungen verbessern. Kommt zur Einsicht,
ehe es zu spät ist.

Aus dem christlichen Lager.

Zu der unter vorstehender Spitzmarke erschienenen Notiz in
Nr. 48 der „Ameise“ erhalten wir von dem in besagter Notiz er-
wähnten Herrn Schulschefsky, dem „Führer der USP“ in Roda,
eine Zuschrift, der wir im Auszuge Raum geben.

Vorher sei bemerkt, daß Schulschefsky ein Kollege von uns
und langjähriges Mitglied unseres Verbandes ist. Sch. erklärt,
weder der USP als Mitglied anzugehören, noch ein Führer der-
selben zu sein. Die betreffende Behauptung hat sich der christliche
Berichterstatter glatt aus den Fingern gezogen.

Sch. teilt weiter mit, daß schon im Vorjahre einmal derselbe
Herr Somieski von der schwarzen Couleur einmal in Roda, S.-A.,
war, um Mitglieder für das christliche Verbändchen zu fangen.
Im vorigen Jahre hatte das Gewerkschaftskartell die Parole aus-
gegeben, daß niemand außer dem Kartellvorstand in diese Ver-
sammlung gehen sollte. Der Erfolg bestand darin, daß diese Ver-
sammlung von insgesamt 12 Personen besucht war, darunter
8 Kartellbelegte und 2 christliche Agitatoren.

Am anderen Tage erschien in den bürgerlichen Blättern ein
Bericht über diese Versammlung, der von einem „guten Versamm-
lungsbesuch“ und einem „schönen Erfolge“ der Christen Kenntnis
gab. Soviel Bescheidenheit kann auch wirklich nur jemand auf-
bringen, der in christlicher Entfagung besondere Übung hat.

In der vor kurzem stattgefundenen Versammlung waren die
Besucher zu mindestens 99 Proz. Mitglieder der freien Gewerk-
schaften. Im Bericht über diese Versammlung in Nr. 23 der
christlichen „Keramarbeiterzeitung“ wird gesagt: der Besuch war
ein starker; alle politischen und gewerkschaftlichen Führer von
Roda mit ihrem Stabe waren zur Stelle.

Der „reiche Beifall“, der den christlichen Redner am Schlusse
seiner Rede lohnte, wird wohl bei der Sachlage wieder eine Er-
findung des Berichterstatters sein. Ebenso vermuten wir, daß
die im Bericht erwähnten Uebertritte von freigewerkschaftlich or-
ganisierten Arbeitern zu den Christen infolge der Somieskis'schen
Rede nur in der Phantasie des Berichterstatters existieren. Unser
Kollege Schulschefsky teilt uns mit, daß Somieski wieder, wie
das erste Mal, mit leeren Händen abziehen mußte.

Der Bericht unseres Kollegen wird noch durch Unterschriften
des Kartellvorstandes bestätigt. Sollte Somieski Lust verspüren,
noch einmal nach Roda zu kommen, dann werden ihm die freien
Gewerkschaften wahrscheinlich zu Gemüte führen, daß mit wahr-
heitswidrigen Behauptungen Geschäfte nicht zu machen sind. Die

Behauptung, daß unser Kollege Schulschess die „sachlichen“ Ausführungen des Herrn Somieski bestätigt hat, bezw. damit einverstanden war, weist Schulschess entschieden zurück. Sch. hält es aber für möglich, daß Somieski gar nicht einmal unterscheiden kann, ob jemand sich für oder gegen ihn ausgesprochen hat. — Wir möchten noch anfügen, daß nicht nur in Roda, sondern in Thüringen überhaupt kein geeignetes Terrain für christlichen Mitgliederfang sein dürfte. Die Christen werden sich schon mit den schwarzen Eiden in Deutschland bescheiden müssen.

Bermischtes.

Erhöhung der Krankenversicherungspflichtgrenze für Angestellte. Die Bemühungen des Zentralverbandes der Angestellten um Streichung der Gehaltsgrenze für die Versicherungspflicht der Angestellten haben insofern zu einem Erfolge geführt, als der Ausschuß des Reichstages nunmehr beschlossen hat, diese Gehaltsgrenze von 15 000 Mk. auf 40 000 Mk. zu erhöhen.

Bersammlungsberichte.

Krnstabt. Der Vorsitzende weist auf die Notwendigkeit der erhöhten Beiträge hin. Auch der Schriftführer fordert die Kollegen und Kolleginnen nochmals auf, bei der Abstimmung sich von dem Gedanken leiten zu lassen: „Wir müssen höhere Beiträge zahlen, um den heutigen Ansprüchen zu genügen.“ Eine längere Debatte entspinnt sich darüber. Mehrere Kollegen sind dagegen, andere dafür. Das Resultat war bei 30 abgegebenen Stimmen: 17 für ja, 7 für nein, sechs Stimmenthaltungen. Dann wurden die Wahlen erledigt. Zu Punkt 3 ist zu erwähnen der Bau eines Gewerkschaftshauses, das Halten von bürgerlichen Zeitungen u. a. m. Eine ziemlich erregte Aussprache entstand über den Beschluß des Kartells, einen wöchentlichen Beitrag von 2 Mk. für den Bau eines Gewerkschaftshauses zu zahlen. Es wird beschlossen, an das Kartell eine Resolution zu richten. Zu Punkt 4 war der Tod des Kollegen Otto Dittmar zu erwähnen. Es wird beschlossen, daß alle Mitglieder am Begräbnis teilnehmen sollen. Ein Kranz soll gestiftet werden. Zum Schluß spricht der Betriebsobmann noch über den neuen Tarif und gibt verschiedene Aufklärungen. Auch wird das voreilige Kündigen der Malerinnen kritisiert. Dieselben hätten erst beim Betriebsrat vorstellig werden sollen.

Freiberg i. Sa. Bericht über die am 28. November 1921 stattgefundene Bersammlung. Der Besuch war sehr schwach und wird versucht werden, die kommenden Bersammlungen in den Wintermonaten immer Sonnabends, 1 Uhr, abzuhalten; zu dieser Zeit ist es allen Mitgliedern möglich, die Bersammlungen zu besuchen. Punkt 1: Die Abstimmung über Beitragserhöhung ergibt 77 Stimmen mit „Ja“, 37 Stimmen mit „Nein“, 8 Stimmen waren ungültig. — Bei Punkt 2 gibt Kollege Glöckner ausführlichen Bericht über die Verhandlungen zwecks Verletzung Freibergs in die 1. Ortsklasse. Er konnte bloß die traurige Botschaft bringen, daß Freiberg nicht in die 1. Lohnklasse versetzt wurde, und daß die Verletzung in Dresden und auch bei den Verhandlungen in Berlin abgelehnt wurde. Der Grund ist, weil Freiberg mit vielen Landwirtschaft treibenden Dörfern zusammenhängt und deshalb die Lebensmittel billiger sein müssen. Kommentar ist hier überflüssig. Dafür können wir aber Lebensmittel hier kaufen, die nach Börsennotierungen in Berlin und Dresden billiger sind als in Freiberg. — Punkt 3, die Neuwahl der Verwaltung, wurde hierauf erledigt. — Bei Punkt 4 wurde beschlossen, 1000 Mk. dem Hauptvorstand zur Verfügung zu stellen für die Kinder unserer Verbandsmitglieder, die längere Zeit im Streik standen und sich infolge des Streikes in großer Not befinden, damit diesen Kindern auch eine Weihnachtsfreude gemacht werden kann. Den kranken, invaliden Soldaten, die sich noch in den Krankenhäusern und Lazaretten befinden, soll eine Unterstützung geschickt werden, die durch Sammellisten und einen Betrag aus der Lokalkasse aufgebracht wird. Der neue Lohnsalarif hat den Mitgliedern wenig Freude gebracht. Die Zulagen sind so niedrig, daß wir kaum ein Pferd oder eine Gose usw. werden kaufen können. Es wäre wünschenswert, beim neuen Lohnabkommen auch die Grundpreise aufzubessern, damit man eine leichtere Uebersicht über die Lohnrechnungen bekommt. Bei den jetzigen Verrechnungen, hauptsächlich bei Akkordlöhnen, müssen die Arbeiter viel Zeit versäumen, um ihre Lohnrechnung nachzuprüfen. Auch heißt es im neuen Lohnsalarif, wir hätten nur eine Akkordbasis; dem ist aber in unserem Betriebe nicht so. Da gibt es verschiedene Breite für ein Stück, je nach dem, ob ein Fach- oder sonstiger Arbeiter in Frage kommt. Ist es schon schwer, wenn ein ungelernter Arbeiter nach vier Wochen im Akkord arbeiten soll, so ist es aber verwerflich, diesem Akkordarbeiter nicht einmal denselben Lohn zu zahlen, den ein Arbeiter bekommt, der schon 5-6 Jahre denselben Artikel macht. Die Kahlstelle hofft stark, daß die Vertreter bei den nächsten Verhandlungen alles einsehen, daß auch in Freiberg nur eine Akkordbasis besteht. Alle Vorstellungen des Betriebsrates über diese Fragen und viele andere Mängel scheitern immer an der Direktion. Wir haben hier mehrere Direktoren, Professoren und Betriebsleiter, die verhandeln müssen, aber das Urteil fällt nur die Direktion. An die Kollegen und Kolleginnen ergeht der Appell, sich zu schließen und die Kahlstelle so auszubauen, wie es notwendig ist.

Freital-Broschapp. Am 28. November d. J. hielt unsere Kahlstelle im Saal des Saalbauers eine Bersammlung ab, zu welcher sich 87 Mitglieder eingefunden hatten. Zunächst wurden der Bersammlung die in einer Sitzung des Arbeiterrates des Betriebes gefaßten Beschlüsse unterbreitet, gegen welche Bemerkungen nicht erhoben wurden. Unter „Gewerkschaftliches“ wurden aus Mitgliederkreisen Beschwerden gegen die Berechnungsweise des neuen Lohnabkommens vorgebracht. Trotz vieler Anfragen und Auskünfte konnte bis heute ein klares Bild über die Lohnrechnung nach dem neuen Lohnabkommen nun bereits zwei Monate besteht, von keiner Seite gegeben werden. Wird von unserem Gewerkschaftsleiter eine Berechnungsweise nach der Grundlage unserer erfolgten

Ausschläge anerkannt und gutgeheißen, so steht die Firma und mit deren Gewerkschaft auf dem Standpunkt, daß bei dieser Berechnungsweise 10 Proz. Zuschlag vom Jahre 1920 in Abrechnung zu bringen ist. Gegen derartig verlaufene Verträge wurde berechtigter Widerspruch laut und wurde deshalb ein Antrag eingebracht, daß bei künftigen Vertragsschließenden Verhandlungen auch von Seiten der Arbeiterseite ein Jurist zugezogen wird. Nach längerer „Für- und Gegenrede“ wurde der Antrag jedoch gegen 13 Stimmen abgelehnt. Eine endgültige Regelung der Berechnung soll nun im Laufe dieser Woche erfolgen und sollen dazu beide Gewerkschaften zugezogen werden. Als völlig ungenügend wurde im übrigen das ganze Lohnabkommen bezeichnet. Fast täglich beträchtliches Steigen aller Lebensmittelpreise — von dem Steigen anderer Lebensnotwendigkeiten ganz zu schweigen — ist doch der Arbeitermann zurzeit bei seinem Verdienst mit Anschaffungsmöglichkeiten so bestellt, daß er sich in dieser Beziehung nur immer abwärts, nicht aber aufwärts entwickeln kann. Trotzdem ist in unserem Lohnabkommen den kinnerreichen Kollegen durch Abbau der sozialen Zulagen eine Lohnverringeringung beschert worden. So kam es, daß die Kahlstelle der ganzen Bersammlung unseres neuen Lohnabkommens keine Freude abgewinnen konnte und große Unzufriedenheit geäußert wurde.

Das Abstimmungsergebnis über den Antrag des Hauptvorstandes betreffs Beitragserhöhung war: 74 Stimmen für „Ja“ und 13 Stimmen für „Nein“. Der durch den Kassierer erstattete Quartalsabschluss ergab eine Einnahme von 6561,21 Mk., eine Ausgabe von 6161,30 Mk., demnach einen Kassenbestand von 399,91 Mk. Der Lokalfonds hatte eine Einnahme von 2905,18 Mk., dem eine Ausgabe von 1165,74 Mk. gegenübersteht, so daß ein Bestand von 1739,44 Mk. zu verzeichnen war. Der Mitgliederbestand ist zurzeit 176. Bücher und Kasse sind von den Revisoren geprüft und in bester Ordnung befunden, so daß dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. — Dem nunmehr vorgelegten Kartellbericht wurde, wie schon oft, nicht die notwendige Aufmerksamkeit entgegengebracht, was immer wieder bedauert werden muß. Ist doch der Kartellbelegte unserer Kahlstelle bei der Erfüllung seiner ihm übertragenen Verpflichtungen gewissenhaft und aufopfernd, so darf aber in Mitgliederkreisen nicht die Auffassung verbreitet werden, daß mit der Wahl eines tüchtigen Delegierten die Sache abgetan ist, sondern aus seinen Berichten zu erfahren ist, was im Kartell vorgeht. Er muß gewissermaßen das Spiegelbild sein für die Vorgänge innerhalb des Ortskartells. Da eine große Zahl Mitglieder nicht immer mit „allem“ einverstanden ist, ist den Berichten größtes Interesse entgegenzubringen. Weiter wurde die im Betriebe noch herrschende Ueberstundenarbeit beleuchtet und auf die ministeriellen Bestimmungen hingewiesen, wonach alle nicht unbedingt notwendigen Ueberstunden wegzulassen sind, im übrigen aber auf alle Fälle die Erlaubnis erteilt werden muß. Die Produktionsmöglichkeit soll dabei nicht beschränkt werden, denn das Heer der Arbeitslosen ist noch in großer Zahl vorhanden, und die letzte Revolutionärrerrungenschaft — der Achtstundentag — hochzuhalten, müßte eines jeden Gewerkschaftlers „Ehrensache“ sein! — Unter „Verschiedenes“ wurde darauf hingewiesen, daß die von den Gewerkschaften geschaffene „Volkshilfe“ in allen Fällen von Versicherungen von der Arbeiterschaft in Anspruch genommen wird; sind doch die Vorteile für die Versicherten hierbei äußerst günstig, da eine Rückversicherung wie bei anderen Versicherungsgesellschaften ausscheidet und alles nur den Versicherten zugute kommt. Auch ist bei eventuellen Zahlungseinstellungen des einzelnen der bereits geleistete Versicherungsbeitrag nicht verloren, sondern wird zurückgezahlt, so daß für die Arbeiterschaft nur die „Volkshilfe“ als einzige Versicherung in Frage kommen muß. Für Bildungszwecke ist hier in Freital-Broschapp eine Volkshochschule für die Schichten mit Volksschulbildung gegründet worden, und ist jedem Kollegen die Beteiligung daran zu empfehlen, denn immer mehr gilt „Wissen der Arbeiterschaft als Macht“. — Gegen zwei Stimmen wurde ein Antrag angenommen, wonach für den Betrieb der Porzellanfabrik im Sterbefalle eines Beschäftigten oder dessen Familienglieder eine Unterstützungseinrichtung geschaffen wird, deren Beiträge von Fall zu Fall mit den Krankenkassenbeiträgen erhoben werden sollen. Die nähere Ausarbeitung und Staffellung ist der Ortsverwaltung übertragen worden. Dem längere Zeit erkrankten Kollegen Schröder wurde eine Unterstützung von 100 Mk. aus dem Lokalfonds einstimmig überwiesen. Weiter wurde in einem Schreiben auf die Wertschätzung des Hygiene-Museums in Dresden hingewiesen und allen Mitgliedern der Kahlstelle ein Brief derselben empfohlen. Am Schluß der Bersammlung wurde aus deren Mitte ein bedauerlicher Vorfall eines organisierten Kollegen gemeldet, der durch verleumdende Manipulationen in aller Öffentlichkeit den Arbeiterrat des Betriebes, insonderheit dessen Vorsitzenden, in seinem Ansehen berart herabwürdigte, daß auf Antrag der Bersammlung einstimmig dessen Ausschuß aus dem Verbanne ausgesprochen wurde.

Herrnsdorf, S.-A. Ein eisigkalter Wind pfeift über das Land. Jedem graut es, seine vier Pfähle zu verlassen. Doch die Bersammlung hat eine Kahlstellenversammlung angefaßt. Es ist auch der übliche Bersammlungssonabend. Der neue Manteltarif steht auf der Tagesordnung. Ueber den dreifachen Beitrag herrschte noch Unklarheit. Die neue Vorstandsvorlage bedarf einer Aussprache. Gründe, die ein Besuch der Bersammlung notwendig machen. Und doch! Das übliche Bild beim Eintritt in den Saal: kaum mit dem Knüppel zu durchschlagender Tabaksgasim, Säwadrönieren ... unzähligen Kommilitätenberatungen, wie das gegenseitige Erzählen vor und während der Bersammlung getauft worden ist, war ausnahmsweise nicht vorhanden. Man kommt das akademische Viertel zu spät, dann hatte man es nicht zum Vergnügen, sich bis zum Bersammlungsende die Beine in den Leib zu stecken. Die scharfe Kälte hat manchen und auch manche abgehalten, sich über die brennendsten Fragen im Verband keine Orientierungsmöglichkeit zu verschaffen. Insbesondere die auswärts wohnenden Mitglieder fehlten, wenn es ihnen auch nicht zu verdenken ist, wenn warmes Blut einer eisigen Temperatur auszuweichen. Doch sind dies Entschuldigungsgründe? Wir müssen das verneinen. Der Proletariat hat ja auch im Kriege in Eis und Schnee aushalten müssen. Die Kolleginnen und Kollegen müssen doch auch jeden Tag, gewannen durch ihre materiellen Verhältnisse, in der kapitalistischen Welt arbeiten und sind den Unbilden der Witterung ausgesetzt. Ist es auch nicht zuviel verlangt, wenn jedes Mitglied die Bersammlung

zung besetzen soll. Wir wünschen, daß sich die Mitglieder diese Maßnahme zu Herzen nehmen und als Klassenkämpfer, eingewickelt in politische Kämpfe, jede Versammlung besuchen. Der Bahnhöfenvorstand teilte den erschienenen Mitgliedern mit, daß am 1. Dezember das zurzeit bestehende Lohnabkommen gekündigt ist. Diese Mitteilung wirkte zweifellos befreiend. Die Gewerkschaft hat schon lange alle kommenden Verhandlungen Forderungen gestellt werden müssen, die den veränderten Verhältnissen entsprechen. Gleichzeitig wurde angeregt, daß die Verhandlungskommission keine Blankovollmachten erhalten soll, sondern daß die Annahme oder Ablehnung der vereinbarten Lohnabkommen Gegenstand von Versammlungsabstimmungen sein sollten. Es wurde dabei auf andere Gewerkschaften hingewiesen, welche diese Form längst eingeführt haben. Wenn das einzelne Mitglied selbst über ein Lohnabkommen urteilen soll, dann wird erst der Wert oder Unwert begriffen. Die Mitglieder erhalten dadurch eine größere Urteilskraft. Wir bitten die Kollegenschaft im Reich, zu dieser Frage einmal Stellung zu nehmen und darüber zu berichten. Durch die Verteilung des Lohnabkommens und des Manteltarifes ist ja schon etwas vorgearbeitet worden. Ferner gibt der Vorsitzende bekannt, daß die Differenz vom Tellergehalt zurückgezahlt wird. — Die Ausschreibung des Hauptvorstandes über die Erhebung der Extrabeiträge hatte Verwirrung dadurch hervorgerufen, weil unsere Unterkassierer auf Anweisung bis Jahresluß wöchentlich drei Beiträge zu erheben haben. Einem kleinen Teil unserer Mitglieder war diese Maßnahme unverständlich; es wurde aber in der Versammlung von verschiedenen Kollegen betont, daß wir den Verband unbedingt so zu stärken haben, um jeden von den Scharmachern im Arbeitgeberverband mit aufgedrungenen Kämpfen führen zu können. Eine Thüringer Konferenz der größeren Bahnhöfen hat sich dem Antrag Blumenau angeschlossen, welcher mit unserer Ansicht übereinstimmt. Es wurde daher von der Versammlung einstimmig der Beschluß der Verwaltung, im 4. Quartal 13 ordentliche und 16 Extrabeiträge zu leisten, sanktioniert. Durch diesen Beschluß sind die Unzufriedenheitsgründe einzelner beseitigt. (Im 4. Quartal d. J. sind 14 ordentliche und 20 Extrabeiträge zu leisten. Die Reaktionen.) Im Anschluß daran stand die Vorlage über die Beitragsfrage ab 1. Januar 1922 zur Beratung. Aus den Reden der verschiedenen Genossen klang der Wille zum Kampf hervor. Ueber der ganzen Versammlung lag wie ein unsichtbares Obem der Gedanke und Wille, die Lebensverhältnisse zu bessern, zu bessern mit Hilfe der Organisation. Deshalb überraschte es auch niemanden, daß nur vier Stimmen in der geheimen Abstimmung gegen die Vorstandsvorlage waren. Wir wagen die Vermutung auszusprechen, daß es Genossen waren, die für einen noch höheren Beitrag plädierten und deshalb ihre Stimme mit „Nein“ abgaben. In der Debatte kam aber auch zum Ausdruck, daß unser Verband nun endlich einmal die Lehren aus dem letzten Kampfe gewonnen haben möge und sich mit einer großen Organisation verschmelzen sollte, damit nicht die Gefahr einer finanziellen Erschöpfung durch größere Kämpfe, die wir für die Zukunft nicht mehr angehen können, brutale Wirklichkeit wird. — Die Wahlen zur Bahnhöfenverwaltung standen unter dem Zeichen des beginnenden „Erwachens der Frau“. In den führenden Ämtern trat ein Wechsel nicht ein, doch wurden als Beisitzer und stellvertretender Schriftführer drei Kolleginnen gewählt. Wir müssen auch den Kolleginnen das Recht einräumen, aktiv tätig zu sein, damit die gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit unter dem weiblichen Geschlecht eine Vertiefung erfährt. Seit einigen Monaten gibt das Gewerkschaftskartell ein monatliches Mitteilungsblatt heraus, welches von unserem Geschäftsführer redigiert wird. Dieses Blatt mit seinen aktuellen gewerkschaftlichen Notizen fand an diesem Versammlungsabend ebenfalls zur Kritik. Es sollten sich die Versammelten über den Inhalt objektiv ausdrücken. Insbesondere waren in der letzten Zeit Notizen erschienen, welche sich an das weibliche Element in der Gewerkschaft richteten. Die Aussprache ergab die Zustimmung, daß die redaktionelle Leitung auf dem richtigen Wege ist. Außer dem Kartellbericht wurden noch einige betriebliche Angelegenheiten besprochen. Inzwischen war die Kälte von draußen der Beherrscher des Saales und der Gedankenwelt der Anwesenden geworden, so daß diese Versammlung kurz vor 11 Uhr ihr Ende fand.

Kloster Beilsdorf. Versammlung vom 25. November. An Stelle des freiwillig aus seinem Amte geschiedenen Kassierers Hr. Trier gab der Revisor, Kollege Ernst Wagner, Bericht über den Abschluß des 3. Quartals. Er teilt mit, daß Kasse, Bücher und Belege in bester Ordnung vorgefunden wurden. Er dankt dem Kollegen für seine 2 1/2-jährige Tätigkeit (seit Bestehen der Bahnhöfen) als Kassierer, da er stets zur Zufriedenheit der Mitglieder sein Amt verwaltet hat. Die beantragte Entlastung wird einstimmig erteilt. Im Anschluß hieran erstattete Kollege Hermann Trier Bericht über die Abgabe der zehn Prozent während der Streizeit. Hier ergibt sich ein Defizit. Kollege M. Henning stellte hierzu den Antrag, zum Ausgleich noch einmal zehn Prozent abzuführen; derselbe wird einstimmig abgelehnt. Betreffs des Lohnabkommens teilte der Vorsitzende mit, daß man noch zu keinem endgültigen Resultat gekommen sei, da man bei den Verhandlungen mit der Direktion auf Schwierigkeiten stöße. Diese sollten durch die beiderseitigen Gauleiter beseitigt werden. Die Direktion hat dem Gauleiter des Arbeitgeberverbandes das Material zugesandt und trotzdem dieser bei den Verhandlungen in Dresden beigewohnt, erhielten wir heute die Nachricht, daß derselbe die ganze Materie nochmals nach Berlin geschickt hat, von wo aus wir näheren Bescheid erhalten würden. Es wird das Lohnabkommen zur Diskussion gestellt. Kollege H. Leipold teilte mit, daß man die Wahrnehmung mache, daß uns das Lohnabkommen, hauptsächlich den Akkordarbeitern, sehr wenig gebracht habe; ja, bei linderreichen Familien müsse man wahrnehmen, daß sie sich schlechter stellen wie bei dem Eisenacher Abkommen. Beschlossen wird, sich der Resolution der Bahnhöfen Spandau in Nr. 47 der „Ameise“ anzuschließen, in der der Hauptvorstand aufgefordert wird, das Abkommen zum 1. Dezember zu kündigen. Betreffs Beitragserhöhung ist der Vorsitzende dafür, derselben zuzustimmen. Kollege Rich. Leipold lehnt ab, Lohnabkommen und Beitragserhöhung wären einander sehr unähnlich; statt vorwärts, hätte uns beides rückwärts gebracht, indem wir jetzt viel höher Beiträge leisten müßten, um in derselben Klasse zu bleiben wie bisher. Man müsse halb mit „Nein“ antworten. Der Vorsitzende wendet sich gegen diese Auffassung. Kollege Franz Trier

weist darauf hin, um die Organisation lebensfähig zu erhalten, müsse es Pflicht sein, die Mittel dazu bereitzubehalten. Der Hauptvorstand soll aber aufgefordert werden, bei Beitragserhöhungen in Zukunft sich erst mit den Bahnhöfen zu verständigen und sie zu Rate zu ziehen. Von 188 abgegebenen Stimmen waren 71 Stimmen dafür, 114 dagegen, 3 Stimmen waren unglücklich. Nachdem unter „Verschiedenes“ noch einige örtliche Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Berlin-Charlottenburg. Schildermaler, Mittwoch, den 28. Dezember, nachm. 5 Uhr, Branchenversammlung bei Wollschläger, Alalberstr. 21.

— Vertrauensmännerziehung der Schildermaler, Dienstag, den 27. Dezember, 5 Uhr, bei Wollschläger.

Eisenfahrt. Sonnabend, den 7. Januar 1922, abends 8 Uhr, in der Brauerei.

Bahnhöfen Dresden, Ortsgruppe Meissen.

Das Auszahlen der Unterstützungen erfolgt vom 23. Dezember 1921 ab wieder Freitag, abends von 6—7 Uhr.

H. Schröder, Kassierer.

Quittung.

Für unser Mitglied Fabetta Wicklein gingen folgende Beträge ein: Althalbenseben 15,—; Annaburg 20,—; Arzberg 25,—; Berlin-Charlottenburg 20,—; Blankenhain 10,—; Cobitz 10,—; Eßterwerda 20,—; Frankfurt a. d. O. 10,—; Gotha 10,—; Grünhain 10,—; Grünstadt-Neuleiningen 15,—; Hermdorf 20,—; Kahla 10,—; Köln am Rhein 10,—; Königsaß 20,—; Lettin 5,—; Magdeburg 15,—; Margarethenhütte 20,—; Meuselwitz 10,—; Mitterteich 20,—; Neuhaldenseben 20,—; Passau 10,—; Plauenhammer 20,—; Plauen 20,—; Rauenstein 10,—; Rochau 25,—; Roschütz 10,—; Rostlau 15,—; Schleisingen 10,—; Schlierbach 25,—; Schnei 10,—; Echorndorf 20,—; Selb 70,—; Sophienau 15,—; Stobitz 10,—; Stadtlengsfeld 20,—; Teltow 20,—; Tiesdorf 20,—; Velten 20,—; Wobensrau 20,—; Wordamm 10,—; Waldenburg 20,—; Walderhof 10,—; Waldfassau 10,—; Weichwasser 20,—; Wittenberg 20,— Mt. In Summa: 765,— Mt.

Den Gebern besten Dank. Die Sammlung ist geschlossen.

Für die Bahnhöfen Meißel-Eisenholz.

Der Kassierer: Joh. Drogauer.

Quittung.

Im Auftrage der Kollegen, die im Streit gestanden, folgenden Bahnhöfen den besten Dank für erhaltene Unterstützung: Ebersfeld 110,—; Hirsheim 200,—; Rüstenberg a. Weiser 200,—; Köln a. Rh. 100,—; Ratingen 350,— Mt. Summa: 960,— Mt.

Bahnhöfen Düsseldorf. Paul Heesen, Vorsitzender.

Quittung.

Für das am 10. November 1921 bereits verstorbene Mitglied Albin Forkel gingen noch folgende Beträge ein: Althalbenseben 15,—; Blankenhain 10,—; Cobitz 10,—; Frankfurt a. d. O. 10,—; Grünhain 10,—; Köln 10,—; Lettin 5,—; Margarethenhütte 20,—; Meuselwitz 20,—; Rostlau 15,—; Roschütz 10,—; Rochau 25,—; Selb 70,—; Sophienau 15,—; Stobitz 10,—; Schleisingen 10,—; Euerbach 25,—; Egebe 15,—; Echorndorf 20,—; Teltow 20,—; Wobensrau 10,—; Waldenburg 20,—; Weichwasser 20,—; Wittenberg 20,— Mt. Summa: 415,— Mt. Bereits quittiert 419,— Mt. Summa 825,— Mt. Die Sammlung ist geschlossen. Allen Gebern herzlichen Dank.

Bahnhöfen Coburg. J. A. Ernst Dalbor, Geschäftsführer.

Sterbetafel.

Kronach. Otto Dittmar, Maler, geboren am 7. März 1853, gestorben am 28. November an Lungenerkrankung. Mitglied seit 1919.

Berlin-Charlottenburg. Ferdinand Müller, Porzellanmaler, geboren am 6. Dezember 1886, gestorben am 8. Dezember an Lungenentzündung. Mitglied seit 1919.

Rechen-Sondershausen. Minna Finkle, geboren am 19. Januar 1884, gestorben am 5. Dezember an Rippenfellentzündung. Mitglied seit 1919.

Köppelsdorf und Umgegend. Paul Sackel, Dreher, geboren am 20. April 1860 in Walderburg i. Schles., gestorben am 9. Dezember in Neuhaus b. Ebg. an Krebs. Mitglied seit 1901. Mit H. verliert unsere Bahnhöfen eines ihrer ältesten und treuesten Mitglieder, dem ein dauerndes Gedächtnis gesichert bleibt.

Kronach. Heinrich Heinlein, Kapseldreher, geboren am 23. Februar 1855, gestorben am 29. November an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1917.

— Josef Bätcher, Brenner, geboren am 1. März 1866, gestorben am 13. November an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1918.

Oberhofen. Johann Merkel, Maler, geboren am 12. Juni 1878, gestorben am 2. Dezember an Magengeschwür. Mitglied seit 1896.

Stadtlengsfeld. Wilhelm Leineweber, geboren am 14. Juli 1869, gestorben am 1. Dezember an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1919.

Ehrendem Andenken!

Zur Beachtung für die Zahlstellenassierer!

Durch die Notiz in Nr. 49 der „Ameise“ ist den Mitgliedern und Verwaltungen bekanntgeworden, daß die nächste ordentliche Generalversammlung in der Zeit vom 9. bis 16. Juli 1922 in Dresden stattfindet.

Um eine rechtzeitige Fertigstellung des Rassenberichtes zu ermöglichen, werden die Zahlstellenassierer ersucht, den Rechnungsabluß pro 4. Quartal 1921 sofort nach Schluß des Quartals fertigzustellen und an die Hauptkasse einzusenden.

Ferner haben die Mitglieder der vom Vorstand beantragten Beitragserhöhung zugestimmt. Die erhöhten Beiträge treten ab 1. Januar 1922 in Kraft. Es müssen deshalb den Zahlstellenassierern neue Eintritts- und Beitragsmarken zugestellt werden.

Die bisher zur Quittierung der gezahlten Beiträge und Eintrittsgelder verwendeten Marken werden eingezogen. Alle bis zur Fertigstellung der Abrechnung nicht verkauften Marken, das sind die in der Abrechnung als Bestand angegebenen Marken, sind, mit Ausnahme der Erwerblosen- und 150-Pf.-Beitragsmarken, mit der Abrechnung pro 4. Quartal an die Hauptkasse einzusenden.

Hierauf werden die Mitglieder besonders aufmerksam gemacht und dringend ersucht, die bis 31. Dezember 1921 fälligen Beiträge bis dahin zu begleichen. Mitglieder, die nach Fertigstellung der Abrechnung noch Restposten vom 4. Quartal 1921 aufweisen, können diese nur durch Zahlung des neuen höheren Beitrages begleichen. Ein Zurückhalten von Marken für die Restposten ist schon wegen der ordnungsmäßigen Abwicklung der Verwaltungsgeschäfte unschicklich, und es muß auch ausgeschlossen bleiben, daß der Zahlstellenassierer die Fertigstellung der Abrechnung in Rücksicht auf die säumigen Mitglieder verzögert. Es liegt also im eigenen Interesse der Mitglieder, daß hier Befehle zu beherzigen und die bis 31. Dezember 1921 fälligen Beiträge bis zu diesem Zeitpunkte auch zu entrichten.

Auch darauf mache ich aufmerksam, daß das laufende Jahr 53 Wochen aufweist, mithin müssen für das 4. Quartal 1921 14 Wochenbeiträge entrichtet werden. Die Beitragsmarke für die 14. Woche wird in das 53. Wochenfeld der Mitgliedskarte bzw. des Mitgliedsbuches eingeklebt.

Gleichzeitig mit der Abrechnung pro 4. Quartal ist auch die Berufsstatistik einzusenden. Die entsprechenden Formulare werden den Zahlstellenassierern mit Nr. 52 der „Ameise“ zugelandet. Auf die Ausfertigung dieses statistischen Formulars wollen die Assierer die größte Sorgfalt verwenden. Die Zahl der weiblichen und männlichen Mitglieder, die in den fünf Berufsgruppen angegeben wird, muß in der Gesamtheit mit der am Kopf des Formulars und mit der im Abrechnungsformular angegebenen Mitgliederzahl genau übereinstimmen. Es ist ferner zu beachten, daß in Gruppe 4 unter „Hand-, Hof- und Tagearbeiter“ nur diejenigen Mitglieder aufzuführen sind, die in keine der einzelnen Berufsarten der fünf Gruppen eingereiht werden können. Für die Einreihung in eine der angeführten Berufsarten kommt nur die Berufstätigkeit in Betracht; die Frage, ob gelernt oder ungelern, scheidet dabei vollständig aus.

Ich hoffe, daß jeder Zahlstellenassierer das berufsstatistische Formular gewissenhaft ausfertigt und auch mit der Abrechnung bestimmt einwendet, damit eine besondere Mahnung, schon wegen der hohen Postkosten, nicht erfolgen braucht.

Betreffs der Zulassung der neuen Beitragsmarken ersuche ich die Zahlstellenassierer, die Einschätzung der Mitglieder sofort vornehmen zu lassen, damit sie mir mitteilen können, welche Markensorten und wieviel sie von jeder Sorte benötigen. Dadurch würde die Versendung der Marken erleichtert und verhindert, daß Markensorten gesandt würden, die in der Zahlstelle gar nicht oder doch nur in geringer Zahl benötigt werden. **Wilh. Herden.**

Briefkasten der Redaktion.

Berichtsberichte aus Gera (S.-G.), Ohrdruf und Schweidnitz mußten wegen Raummangel zurückgestellt werden.

Zuschußkasse deutscher Porzellanmaler.

Rassenbericht pro 3. Quartal 1921.

Einnahme.		Ausgabe.	
Beiträge u. Eintrittsgeld.	8973,25	Krankengeld	1940,—
Kapitalverkehr	740,15	Sterbegeld	150,—
Best. vom 2. Quartal 1921	33120,45	Kapitalverkehr	863,—
		Verwaltung d. Zahlstellen	202,—
		Hauptl.	48,85
		Anßerordentl. Ausgaben	5,80
		Rassenbestand	34624,20
Summa	37833,85	Summa	37833,85

Vermögens-Nachweis.

Spartassensbuch Nr. B 101	82707,15 Mtl.
832	1634,45
Bar	732,60
Summa	85074,20 Mtl.

Mittelherbebestand: 623.

Gerhard Schabert, Kassierer.

Arbeitsmarkt.

Offerte: kein fraktioniertes Anfert beiliegt, werden nicht weiter beiliegt.

Sie tüchtige Dreher für unsere Isolatorenteilung werden eingestellt. Einige wegen Wohnungsmangel bevorzugt. **S. Schomburg & Söhne, Akt.-Ges., Porzellanfabrik, Köhlen, Anhalt.**

Gelernter Porzellanfleischer für sofort gesucht. Offerten mit Angabe, wo überall tätig gewesen, unter „301“ an die Red. der „Ameise“.

Wir suchen mehrere unverheiratete Maler

für reiche Dekoration. Wohnungsmöglichkeit vorhanden. mit Zeugnisabschriften an **Porzellanfabrik Fraureuth, A.-G., Fraureuth**

Tüchtige Dreher

zum möglichst sofortigen Antritt sucht

S. Schomburg & Söhne, Akt.-Ges., Margarethenhütte, Post Großdubrau/

Zeller- und Großgeschirrdreher, sowie für Schüsseln und Terrinen, die in erstklassigem Tafelgeschirre aus bewandert sind, werden von uns eingestellt. Offerten mit bisheriger Tätigkeit an **Porzellanfabrik Fraureuth, A.-G., Fraureuth b. Wer**

Je ein tüchtiger Dvalformer und Formengießer auch Modelleinrichtungen versteht, zu sofortigem Antritt gesucht. **Porzellanfabrik Burgau, Post Göschwitz a. Saale.**

Schriftmaler für Apotheken-Standardgefäße bei hohem Standard und Akkord sofort gesucht.

Janke & Kuntel, Adm. a. Rhein, Im Gionstal

Geübte ledige Isolatorendreher zum sofortigen gesucht.

Porzellanfabrik Teltow, G. m. b. H., Teltow b.

Wir suchen einige tüchtige Malerinnen für Goldstaffage.

Porzellanfabrik Brambach, Brambach

Geschäfts-Anzeigen.

Emil Böhme & Eisenberg J.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmied u. alle goldhaltige Metallgeschäfte dieser Art. Reelle u. pünktliche Man verlange Broschüre.

Goldschmied, goldhaltige Lappen, Nische, Flaschen u. kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen. **Oskar Rottmann, Stadtilm in Th.**

Goldhaltige Schmied — Lappen — Nische — Pinsel — Matrückenstände usw. zum Einschmelzen kauft. **M. Köhler, Dresden-A., Gerichtsh.**

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Gold wie Nische, Schmied, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gr., 2 Poliergoldflaschen 10 " 2 je "nach" Inhalt. — Darum schickt "alles" zu **A. Langhammer, Wilkau b. Zwick**

Goldhaltige Lappen — Nische — Schmelzpinsel, Paletten, Napfe, leere Goldfla

(mit Stöpsel zahle 10—20 Pf., je nach Gehalt, bei größeren bedeutend mehr), überhaupt alle Matrückenstände und ausgebrannt kauft die Scheideanstalt von

Max Haupt, Dresden-A., Königs-Pl.

Goldasche, Abfälle, ausgebranntes Malergold sofort eingeschmolzen und zahlt höchste Tagespreise

U. Geyer, Goldbar
Selb. l. Bayern.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmied

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen **Emil Theimer, Langewiesen b. J.**

Goldabfälle aller Art, wie Lappen — Schmied — Flaschen usw., auch ausgebranntes Gold kauft stets zu höchsten Preisen **Christoph Geier, Hirschfeld b. Thiersheim, Oberf.**

CHRISTOPH SACK

SCHWARZENBACH A. D. SAALE

Import und Export von Schwämmen

speziell für die keramische Industrie.

Stets großes Lager in sämtlichen vorkom-

menden Sorten. Muster bereit-

willigst. Fernsprecher Nr. 17

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiter-Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinendruck. Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinendruck. Druck von G. Janiszewski, Berlin SW., Elisabeth-